

Haushalt/Finanzen

Die CDU hält am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest

- 1. Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005**
- 2. Was hat die CDU-geführte Bundesregierung erreicht?**
- 3. Solide Finanzen**

1. Ausgangslage beim Regierungswechsel 2005

Gerade hinsichtlich der Staatsverschuldung hat die Union mit der Regierungsübernahme im Jahr 2005 ein schweres Erbe angetreten. Unter Rot/Grün hatte sich die Lage der öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Die Neuverschuldung war auf neue Rekordhöhen gestiegen, das strukturelle Defizit summierte sich allein im Bund jährlich auf rund 50 Milliarden Euro. Die Gesamtverschuldung des Staates stieg von 60 Prozent in 1998 auf 68 Prozent des BIP im Jahr 2005. Im Durchschnitt der EU (15) fiel sie im gleichen Zeitraum von 68 auf 64 Prozent. Über vier Jahre hinweg verletzte Deutschland den unter Bundeskanzler Helmut Kohl durchgesetzten Europäischen Stabilitätspakt und war einer der größten Schuldenmacher des Kontinents. Damit wurde nicht nur die Stabilität der europäischen Währung gefährdet, sondern auch die finanzpolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands erschüttert. Damit verbunden war ein erheblicher politischer Vertrauensverlust in Europa.

2. Was hat die CDU-geführte Bundesregierung erreicht?

Wichtige Schritte zu einer Neuorientierung der deutschen Finanzpolitik sind geglückt. Die CDU-geführte Bundesregierung hatte die deutsche Finanzpolitik darauf ausgerichtet, spätestens 2011 ohne neue Schulden für den Bundeshaushalt auszukommen. Deutschlands Staatsdefizit sank von 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, im Jahr 2005 auf 1,6 Prozent in 2006. In 2007 hat die öffentliche Hand insgesamt erstmals seit 1969 (Ausnahme UMTS-Sondereffekt im Jahr 2000) mit knapp 11 Mrd. € einen Überschuss erzielt. Deutschland steht bei dieser Kennzahl damit erstmals seit 1996 auch wieder besser da als der Durchschnitt der EU. Ohne die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hätten wir unser Ziel eines Bundeshaushaltes ohne Neuverschuldung im Jahr 2011 erreicht.

Grundlage der Entwicklung war der von der CDU-geführten Bundesregierung verfolgte Dreiklang aus „Sanieren – Reformieren – Investieren“. Zur Stärkung besonders zukunfts-trächtiger Bereiche hat der Bund bis 2009 rund 25 Milliarden Euro zusätzlich investiert, um Wachstumsimpulse zu setzen. Dabei wurden und werden politische Akzente gesetzt, die in besonderer Weise unserem Anspruch und Ziel gerecht werden. Gerade die steigenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung entsprechen unserem politischen Bekenntnis zu Investitionen in die Köpfe und damit in die technologische Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Aber auch Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen und die Förderung der Privathaushalte als Arbeitgeber sind zu nennen.

Von Beginn an war klar, dass auch spürbare Einsparungen notwendig sein würden, um das strukturelle Defizit zu verringern. So wurden zahlreiche Einsparungen durch den Abbau von Vergünstigungen und Sonderregelungen in Höhe von insgesamt 5 Milliarden Euro angegangen. Angesichts der dramatischen Verschuldungslage reichten Einsparungen allein aber nicht aus, um die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen und gleichzeitig die Belastung des Faktors Arbeit in Deutschland zu reduzieren. Daher hat sich die CDU-geführte Bundesregierung entschlossen, die Mehrwertsteuer zum 01. Januar 2007 um drei Prozentpunkte zu erhöhen. Wir hatten die Notwendigkeit einer Mehrwertsteuererhöhung schon in unserem Wahlprogramm dargestellt. Das war keine populäre Forderung, aber Bestandteil einer Politik der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, für die wir stehen. Die Mehrwertsteuererhöhung ist nicht nur eine notwendige haushaltspolitische Konsolidierungsmaßnahme. Ein Teil des Aufkommens wurde und wird auch dazu eingesetzt, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf nunmehr 2,8 Prozent abgesenkt werden konnten. Arbeit in Deutschland konnte so wettbewerbsfähiger gemacht und die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden. Erfolge bei der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - Die Arbeitslosenzahl war von über fünf Millionen im Jahr 2005 auf unter drei Millionen zurückgegangen, es gibt heute über 40 Millionen Erwerbstätige in Deutschland - und bessere Wachstumszahlen belegen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden auch weiterhin dafür eintreten, den bisher erfolgreichen Kurs auch in der Haushalts- und Finanzpolitik fortzusetzen.

Wir haben die Schuldenbremse im Grundgesetz auch gegen Widerstände verankert. Sie ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und der Vernunft. Der Staat muss sich die Luft verschaffen, um zu gestalten. Je größer die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung desto größer die entsprechenden Gestaltungsspielräume. Wir wollen die Neuverschuldung senken, indem wir die zur Krisenbekämpfung notwendigen neuen Ausgaben so schnell wie möglich wieder abtragen. Wir halten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fest.

3. Solide Finanzen

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist stark. CDU und CSU sind optimistisch, dass die Menschen in unserem Land – wenn wir unsere Wachstumspolitik fortsetzen – in den nächsten Jahren wieder nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen werden. Wir können auch in Zukunft Wachstum in Deutschland erreichen. Die Haushaltskonsolidierung bleibt unser Ziel. Sie schafft Spielräume, um mit attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen die Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung zu legen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Staat gefordert. Er muss alles tun, um Brücken für den nächsten Aufschwung zu bauen. Die aus Wachstum folgenden Steuermehreinnahmen wollen wir in etwa gleichen Teilen für Haushaltskonsolidierung, Zukunftsinvestitionen und Entlastung der Bürger verwenden.

Eine Politik der soliden Finanzen entspricht dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Die Staatsschulden haben eine Höhe erreicht, bei der die Rückführung der Neuverschuldung und der Beginn der Tilgung zu der zentralen Frage der Generationengerechtigkeit geworden sind. Nicht nur das Wohl unserer Generation darf uns interessieren. Wir sind auch dem Wohl der Kinder von heute und dem Wohl noch nicht geborener Generationen verpflichtet. Wir werden die von uns im Bundestag durchgesetzte Schuldenbremse im Grundgesetz einhalten. Unser Anspruch ist, so bald wie möglich einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.

- Wir werden Haushaltsdisziplin üben und die staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Der Einsatz für eine stabile Währung und für solide Staatsfinanzen sind Markenzeichen unserer nachhaltigen Politik. Die Schiefelage der öffentlichen Haushalte lässt sich nur durch eine dauerhafte Reformpolitik mit langem Atem korrigieren. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt. Stoppen wir diese Entwicklung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Angesichts des demografischen Wandels wird diese Aufgabe immer dringlicher.
- Währungsstabilität und Haushaltssolidität sind die Grundlagen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Solide Staatsfinanzen erleichtern es der Notenbank, Preisstabilität mit niedrigen Zinsen zu garantieren. Preisstabilität ist die Voraussetzung für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau. Inflation dagegen enteignet schleichend die Bürgerinnen und Bürger und belastet vor allem die Bezieher von staatlichen Leistungen. Europa braucht den von Helmut Kohl und Theo Waigel durchgesetzten europäischen Stabilitätspakt. Wir lehnen alle Versuche ab, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch politische Einflussnahme in Frage zu stellen.
- Die Sorge für die Finanzkraft der Kommunen ist für CDU und CSU ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Politik für Wachstum und Beschäftigung. Die finanzielle Leistungskraft der Kommunen wirkt sich auf den Alltag der Bürger unmittelbar aus. Deshalb brauchen wir krisenfeste und zukunftsfähige Kommunalfinanzen. Wir wollen, dass künftig die Bürokratiekosten der Kommunen, aber auch der gesamten öffentlichen Verwaltung gemessen werden.
- Für uns steht fest: Eine stabile Währung ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaft und stabile politische Verhältnisse. Wir stehen für ein Europa der Haushaltsdisziplin und der Beitragsgerechtigkeit sowie Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. EU-Steuern lehnen wir ab.